

Annoucen-Annahme-Bureau In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilschm. 16.) bei C. F. Ulrich & Co. Breitestraße 14. in Osneseu bei Th. Spindler in Grätz bei T. Streifand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung. Einundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danne & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Hoff. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidentank“.

Nr. 94.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 7. Februar (Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen die Zeile 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Der Reichstag

Ist heut eröffnet worden, aber nicht vom Kaiser, auch nicht von dem Reichskanzler sondern von demjenigen Mitgliede des Bundesrathes, welches zugleich preussischer Finanzminister ist. Es ist mit Recht aufgefallen, daß nicht der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann, sondern Finanzminister Camphausen mit der Eröffnung des Reichstags beauftragt worden ist. Die „Kreuz-Ztg.“ meint, dies möge in Zusammenhang stehen mit dem Umstande, daß die finanziellen Angelegenheiten den Hauptgegenstand der Reichstagsberatung bilden werden. Die zur Erörterung kommenden Finanzprojekte sind von Seiten Preussens vorgelegt worden und es wird daher dasjenige Bundesrathsmitglied, welches zugleich preussischer Finanzminister ist, die Hauptverantwortung zu tragen haben. Das hört sich an, als ob die Organisation der Reichsbehörden, wie sie uns von Wissenden vorkamelt wurde, bereits durchgeführt und der preussische Finanzminister „verantwortlicher“ Reichsminister für die Finanzverwaltung geworden wäre, der als Stellvertreter des Reichskanzlers fungirt, wahrscheinlich weil ein Vizekanzler noch fehlt.

Wie wir aus dem in unserem letzten Abendblatte veröffentlichten Telegramm ersehen, erwähnt auch die Thronrede der Finanzvorlagen an erster Stelle, indem sie neue beziehungsweise erhöhte Steuern für das Reich fordert. Als Zweck dieser Vermehrung wird aber nicht eine Steuerreform bezeichnet sondern die Verhütung einer weiteren Erhöhung der Matricularbeiträge.

Der neue Reichshaushaltsetat liefert abermals den Beweis, daß die „unabweislichen Finanzbedürfnisse“ des ordentlichen Haushaltsetats in stärkerem Maße zunehmen als die Erträgnisse der eigenen Einnahmequellen des Reichs. Die Deckungen der Mehrbedürfnisse, die natürlich erst bewiesen werden müssen, sollen nun durch Verstärkung der eigenen Reichseinnahmen und zwar durch indirekte Steuern bewirkt werden. Außerdem wird aber noch ebenso wie im preussischen Staate bei Eröffnung des Landtages eine Anleihe für außerordentliche Ausgaben beantragt.

Nächst diesen Finanzvorlagen kündigt die Eröffnungsrede das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers an, welches noch der Beratung des Bundesrathes unterliegt. Der Gesetzentwurf soll, wie es in der kaiserlichen Botschaft heißt, zur Ausfüllung einer Lücke in dem Wortlaute der Verfassung dienen, womit die Auffassung kundgegeben wird, daß die Vorlage nicht eine materielle, sondern nur eine formale Verfassungsänderung, eine dem Geiste der Verfassung entsprechende Interpretation bedeutet, durch welche eine zu Zweifeln Anlaß gebende Unklarheit beseitigt werden soll. Die volle Tragweite der Vorlage wird damit nicht bezeichnet, kein Wort deutet an, daß der Gesetzentwurf die Keime einer neuen Organisation der höchsten Reichsbehörden enthält.

Die wichtigsten Vorlagen sind nächst dem zwei Gesetzentwürfe, welche die Revision der Gewerbeordnung bezwecken.

Sehr dankenswerth ist die Ankündigung einer Denkschrift betr. die Verhandlungen über den bis jetzt nicht zu Stande gebrachten Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn. Dieselbe wird jedenfalls zu lebhaften Verhandlungen über unsere gesammte Zollpolitik Anlaß geben.

Die kaiserliche Botschaft schließt mit einer Betrachtung über den orientalischen Krieg und betont die friedlichen, ja sogar freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Mächten, also Frankreich nicht ausgenommen. Der Kaiser hofft, „daß nunmehr der baldige Friede die Grundsätze der (vorjährigen) Konferenz (in Konstantinopel) zur Anwendung bringen und dauernd sicher stellen wird.“

Mit der Eröffnung des Reichstags entstehen nicht nur der Regierung sondern auch unseren Parlamentariern sowie der Tagespresse und dem politischen Publikum neue Aufgaben und schwierige Arbeiten; um so mehr muß bedauert werden, daß daneben der preussische Landtag fortarbeitet, ohne daß er bis diesen Morgen wußte, ob er des Reichstags wegen geschlossen oder nur vertagt werden wird, um wenigstens das Nothwendigste fertig zu stellen. Unterdeß hat sich die Regierung für eine bloße Vertagung entschieden. Dieses alljährlich wiederkehrende parlamentarische Gedränge, welches die Geschäfte bis zur Lästigkeit häuft und Leistungen wie Resultate vermindert, ist eine der widerwärtigsten Schattenseiten unserer unfertigen Staatsgestaltungen und ist ganz geeignet, die Freude am errungenen deutschen Reich und das Interesse an seiner Nationalvertretung zu beeinträchtigen. Soll dieses Neben- einandertagen der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften eine Reichsinstitution werden, oder können wir hoffen, daß sich die Regierung einmal entschließen wird, den Reichstag vor dem preussischen Landtage zu berufen?

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Berlin, 5. Februar. Obwohl Präsident v. Bennigsen eine halbe Stunde zögerte, ehe er die Sitzung eröffnete, behielt das Abgeordnetenhaus heute doch das „hippokratische Gesicht“, welches die nahe Auflösung verkündet. Es waren kaum 80 Mitglieder, denen Herr Miquel anzeigen konnte, daß gegründete Hoffnung vorhanden sei, die Regierung werde dem Wunsche des Hauses gemäß den Abschluß des Justiz-Organisationsgesetzes herbeiführen helfen. Als er diese Mittheilung machte, war der erste Gegenstand der Tagesordnung — die Exekutivgewalt der Kommissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung betreffend — bereits durch Annahme erledigt. „Zur Kapitulation kommen wir noch zeitig genug“ — sagte der Abg. v. Schorlemer-Alt, auf die leeren Bänke hinweisend. Sachlich Neues hatte die Beratung des Kommissarien-Gesetzes nicht gebracht; die Abg. Windthorst-Meynen und Reichensperger legten den Haupt-

nachdruck darauf, daß die nach der ausgesprochenen Meinung des Hauses widerrechtlich bisher eingezogenen Exekutivstrafen zurückerrätet werden müßten, und der Abg. v. Sta hle wski suchte darzutun, daß das Gesetz namentlich von den Polen Schweres, wenn nicht Unmögliches verlange. Das Haus hatte dafür nur geringe Aufmerksamkeit. Herr Miquel's frohe Botschaft fand übrigens wenig Glauben. Der Skeptizismus wurde namentlich dadurch gestärkt, daß bekannt wurde, es werde noch eine Abend Sitzung stattfinden. Die Anwesenden unterzogen sich dessentwegen der Weiterberatung des Justizausführungs-Gesetzes mit anerkennenswerthem Eifer. Auf Antrag des Abg. Windthorst-Meynen erzielten mehrere Paragraphen eine präzisere Fassung, während sich Herr Dirichlet vergeblich bemühte, den Schöffen und Vertrauensmännern Tageselder zuzuwenden. Der Hauptsache nach drehte sich der Kampf um das Oberlandesgericht Berlin, welchem, den Kommissionsbeschlüssen entgegen, die Befugniß erteilt werden sollte, in allen Strafsachen (d. i. bis zu zwei Jahren Gefängniß) als Beschwerte-Instanz zu entscheiden. Der Staatsanwalt Wachler war es, welcher diese Aenderung besonders lebhaft befürwortete und den entgegenstehenden Kommissionsantrag als Ausfluß eines ungerechtfertigten Mißtrauens gegen die Justizverwaltung bezeichnete. Herr Rasler blieb darauf die Antwort nicht schuldig, und Herr Windthorst-Meynen erinnerte namentlich daran, daß es sich hier nicht um juristische Diskrepanzen, sondern darum handle, ob man in jetziger Zeit in dem berliner Oberlandesgericht einen neuen Ausnahmegerichtshof schaffen wolle oder nicht. — Eine Entscheidung blieb der 3. Lesung vorbehalten, da selbst Miquel's Angebot für den „berechtigten preussischen Partikularismus“ nur 141 Stimmen gegen 141 Stimmen aufzubringen vermochte. Durch diese Stimmengleichheit war der ganze § 42 gestrichen. Es war gegen 5 Uhr, als das Haus sich bis 7 1/2 Uhr vertagte. Der Anberaumung einer Abend Sitzung widersprachen die Abg. Windthorst-Meynen und Hänel, welche zuvor vom Staatsministerium Aufschluß haben wollten über das voraussichtliche Ende der Session. Ein aktiver Minister war nicht da und Präsident v. Bennigsen erklärte, am 11. noch keine Auskunft über die vorgelegte Frage erhalten zu haben. Der Präsident hatte auch in der heutigen Sitzung das Präsidium auf einige Zeit abgegeben, um dem im anstehenden Saale stattfindenden Ministerathe beizuwohnen. Es handelte sich um die Auslegung des aus Paris eingelassenen Bescheides, welches mit telegraphischer Kürze — vielleicht mit etwas anderen Worten — lautete: „Wach, was Ihr wollt!“ — nämlich mit dem Landtage. So lautet die eine Lesart. Dagegen versichert die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einer hochhoffiziosen Note, „daß irgend eine Korrespondenz mit dem Fürsten über diese Frage gar nicht stattgefunden hat.“ Sollte hier etwa der Ton auf das Wort „Korrespondenz“ zu legen sein, so wollen wir gern diesen Ausdruck preisgeben.

Deutschland.

△ Berlin, 5. Februar. Die Bestattung des verstorbenen Ministers U h d e n erfolgte heute mit ganz ungewöhnlicher Auszeichnung von Seiten des Kaisers und des Hofes. Der Verstorbene wird wohl der letzte von denjenigen Männern gewesen sein, welche bereits König Friedrich Wilhelm III. in einer Vertrauensstellung gedient haben. Man weiß, welche Pietät der Kaiser gegen die Diener seines Vaters jeder Zeit gehegt hat. — In Betreff der diesjährigen Indienststellung unserer Flotte, über welche ich kürzlich ausführliche Mittheilungen machte, kann ich noch Folgendes nachtragen: „König Wilhelm“ ist so weit fertig gestellt, daß er binnen vierzehn Tagen ungefähr in Dienst gestellt werden kann; „Kaiser“, „Deutschland“, „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“ sind so weit in ihrer Ausrüstung fertig, daß sie in vier bis sechs Wochen in Dienst gestellt werden können. „Großer Kurфирk“ ist in Wilhelmshaven und wird im Laufe dieses Monats, so bald es die Witterungsverhältnisse gestatten, die kontraktlich festgestellte Probefahrt unternehmen; auch „Friedrich der Große“, der in diesen Tagen in Kiel angelangt ist, wird zu demnächstiger kontraktlicher Probefahrt vorbereitet, nach welcher der weitere Ausbau für die Indienststellung erfolgen soll. „Preußen“ liegt mit reduzierter Besatzung in Kiel und wird einer Reparatur unterworfen, um für das im diesjährigen Indienststellungs-Tableau in Aussicht genommene Uebungsschwader verwendet werden zu können. Die königl. Yacht „Hohenjoller“ ist so weit fertig gestellt, daß der innere Ausbau der kaiserlichen Gemächer erfolgen kann und der Aviso „Falk“ endlich erhält einen neuen Kessel und soll für die Indienststellung zum 1. Mai fertig gestellt werden.

△ Berlin, 5. Februar. Der Erlaß des Oberkirchenraths an die Jacobi-Gemeinde, der ihre Beschwerde gegen den Konfistorialspruch wider Hofbachs Wahl zurückweist, marschirt im Rüsselsprunge. Auf einen Satz, der die Befähigung der Wahl nach sich ziehen zu müssen scheint, folgt alsbald ein anderer, der seitab lenkt und die Verwerfung trotzdem möglich macht. Aber wie! Weil Hofbach den theologischen Streit auf die Kanzel gebracht hatte: als ob das nicht allsonntäglich hundert von orthodoxen Eiferern thäten! Und ferner, weil Hofbach in der Wahlpredigt nicht gestrebt hätte, die ganze Gemeinde zu erbauen, also auch die durch seine nun glücklich verheilten Amtsbrüder Düsselhof und Laake ausgehegte orthodoxe Minderheit: was wohl dieses edle Paar seinerseits thut, um sich in ihrem Verhältniß zu der Mehrheit der Gemeinde ein feineres Lob zu verdienen? Die Sache ist einfach die, daß ohne diesen Schlag ins Gesicht der Gemeinde-Mehrheit, ohne diese praktische Kränkung des eben erst verliehenen Pfarrwahlrechts kirchenregimentlich nicht auszukommen war in gewissen meist verschleierten

Regionen, wo schon der Bericht auf Disziplinar-Untersuchung Anstoß genug hervorgerufen haben mag, und daß dafür wider das Wahre, auch im Oberkirchenrath wohl nicht verkannte Interesse der Kirche, wenigstens wenn sie zusammengehalten werden soll, möglichst spezifische und probable Gründe aufzutreiben waren. Käst man diese Konsequenz der Situation einmal zu, so ist der Erlaß im allgemeinen nicht so übel. Nur eins jedoch entsetzt ihn: die verhängnißvolle Erklärung, daß erklärter Unglaube an die normale Autorität der Bibel, an Gottes wunderwirkende Kraft und an die Gottheit Christi niemals auf evangelischer Kanzel geduldet werden könne. Dieses niemals ist ein päpstliches Wort, welches obendrein handgreiflich freit mit der vorausgehenden Auseinandersetzung, daß die Bekenntnisse und Lehrsätze der evangelischen Kirche im Fluße bleiben müßten, wenn auch die „objektive Wahrheit“ des „gemeinschaftlichen Glaubensinhalts“ geschickt genug dazwischen geschoben ist. Die Jacobi-Gemeinde wird heute Abend berathen, was nunmehr zu thun sei.

— Der Kaiser und König hat unterm 25. v. M. hinsichtlich der Rekrutierung der Armee für 1878/79 das Nachstehende bestimmt:

I. Entlassung der Reservisten. 1) Die Entlassung der zur Reserve zu beurlaubenden Mannschaften hat bei denjenigen Truppen, welche an den Herbstübungen Theil nehmen, am ersten oder zweiten Tage nach Beendigung derselben, beziehungsweise nach dem Wiederentreffen in den Garnisonen, stattzufinden. 2) Für alle übrigen Truppenteile ist der 28. September der späteste Entlassungstag der Reservisten. 3) Die Entlassung der zu halbjähriger aktiver Dienstzeit eingestellten Trainoldaten ist am 31. Okt. d. J., beziehungsweise am 30. April l. J., die der Defonomie-Handwerker am 28. Septbr. d. J. vorzunehmen. 4) Beurlaubungen von Mannschaften zur Disposition der Truppenteile haben an den Entlassungsterminen infoweit zu erfolgen, daß Rekruten in den unter II. bezeichneten Quoten zur Einstellung gelangen können. II. Einstellung der Rekruten. 1) Zum Dienst mit der Waffe sind einzustellen: bei den Bataillonen der älteren Garde-Inf. Reg., denen d. s. 1. Abt. Inf.-Regts. Nr. 25, des 3. Abt. Inf.-Regts. Nr. 29, des 5. Pom. Inf.-Regts. Nr. 42, des 8. Ostpreuß. Inf.-Regts. Nr. 45, des 2. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 47 und des 7. Brandenburgischen Inf.-Regts. Nr. 60 je 225 Rekruten, bei den übrigen Bataillonen der Infanterie, Jäger und Schützen je 190 Rekruten, bei jedem Kavallerie-Regiment mindestens 150 Rekruten, bei den reitenden Batterien mindestens je 25 Rekruten, bei den übrigen Feldbatterien mindestens je 30 Rekruten, bei den Bataillonen des 1. Auf. Artill.-Reg. Nr. 8 und des Auf. Artill.-Regts. Nr. 15 je 200 Rekruten, bei den übrigen Auf. Artillerie-, den Pionier- Bataillonen und den Bataillonen des Eisenbahn-Regts. je 160 Rekruten, bei jeder Train-Kompanie zu dreijähriger aktiver Dienstzeit mindestens 15 Rekruten, zu halbjähriger aktiver Dienstzeit im Herbst dieses u. d. n. Frühjahr l. J. je 44 Rekruten. 2) An Defonomie-Handwerkern haben sämtliche Truppenteile mindestens ein Drittel der etatsmäßigen Zahl einzustellen. 3) Falls rüchlichst einzelner Truppenteile eine Aenderung der vorstehenden Zahlen notwendig werden sollte, ist das Kriegsministerium zu bezüglichen Anordnungen ermächtigt. 4) Die Einstellung der Rekruten zum Dienst mit der Waffe hat bei sämtlichen Truppenteilen nach näherer Anordnung der diesen letzteren vorgesezten General-Kommandos in der Zeit vom 4. bis 9. Novbr. d. J. zu erfolgen; nur die für die Unteroffizierschulen sowie die als Defonomie-Handwerker auszubildenden Rekruten sind am 1. Okt. dieses, und die Quote der Trainoldaten für den Frühjahrsstermin am 1. Mai l. J. einzustellen.

— In der Plenarsitzung des Bundesraths am 2. d. M. kam es, wie nachträglich bekannt wird, zu sehr lebhaften, fast stürmischen Debatten. Bekanntlich hat sich der Bundesrath nach Annahme des Entwurfs zur Erhöhung der Tabaksteuer auch über die sogenannte Börsensteuer schlüssig gemacht. Vielfache Erörterungen veranlaßte in letzter Stunde eine nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheit über die Besteuerung der Schlusnoten, indem Hamburg nur die eigentlichen Schlusnoten im kaufmännischen Sinne des Wortes der Steuer unterworfen wissen wollte, während Preußen darauf bestand, daß bei dieser Gelegenheit alle Verträge über Gegenstände des Handelsverkehrs und des industriellen Betriebes getroffen werden müßten, eine Ausdehnung, welche sowohl wegen ihrer Prinzipwidrigkeit, als auch wegen der Unklarheit, welche dadurch in das Gesetz gebracht werde, lebhaftem Widerspruch begegnete. Bei der Abstimmung im Bundesrathe ergab sich Stimmengleichheit, worauf Preußen, von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machend, die Präsidialstimme gegen den hamburgischen Antrag entscheiden ließ. Für den letzteren stimmten die drei Königreiche Baiern, Sachsen und Württemberg, ferner Baden, Mecklenburg, Braunschweig, überhaupt mit Ausnahme von Hessen alle Staaten von größerer Bedeutung, so daß in dieser für den Handelsverkehr wichtigen Frage Preußen im Beistande von Schwarzburg-Sondershausen, Neuf. J. L., Waldeck u. f. w. siegte.

— Freiherr von Arnim u. Schlagenthin, der Sohn des weiland Botschafters Grafen Harry von Arnim, hat an den Reichstag eine lange Petition gerichtet, die unter Bezugnahme auf den Prozeß Arnim auf die Beantragung einer Novelle zum Strafgesetzbuch hinausläuft. Wir theilen den Schluß der Petition mit, der so lautet:

Es bedarf einer strafgesetzlichen Gewähr dafür, daß das amtliche Ansehen und das daraus erwachsende Vertrauen nicht vorsätzlich oder auch nur fahrlässiger Weise gemißbraucht wird, nur so wird wirksam derartigen Entstellungen von Beweismitteln vorgebeugt sein, wie sie in dem Prozeß gegen den Grafen von Arnim thatsächlich vorgekommen sind. Daher stelle ich an den Hohen Reichstag die Bitte, derselbe wolle dem Strafgesetzbuche einen neuen Paragraphen hinzufügen folgenden Inhalts:

a. Ein Beamter, welcher in der Absicht, die Beurtheilung eines Angeklagten herbeizuführen, dem Gerichte oder dem Staatsanwalt oder sonst einer im Strafverfahren zur Mitwirkung berufenen Person falsche Thatsachen vorpicelt oder durch Entstellungen der Unterdrückung Thatsachen bei denselben einen Irrthum erregt oder unterhält, wird mit Gefängniß bestraft, neben welchem auf Geldstrafe, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden. Der Versuch ist strafbar.

b Gleiche Strafe trifft denjenigen Beamten der Staatsanwaltschaft, welche, um die Verurteilung eines Angeklagten herbeizuführen, sich auf eine amtliche Auskunft eines anderen Beamten oder einer Behörde berufen, welche ihnen als falsch oder unvollständig bekannt ist, oder auf ein Zeugniß, von welchem sie wissen, daß es falsch ist. Ist eine der vorstehend bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt eine Geldstrafe bis zu, im Unvermeidens-falle Gefängniß ein.

Der sozial-demokratische Agitator Maurer Paul Grottkau, welcher als Redakteur der „Berliner Freien Presse“ zeitweise für dieselbe gezeichnet hatte, ist slichtig geworden. Derselbe ist am Sonnabend wegen mehrerer durch die Presse begangenen Beleidigungen zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, ohne daß er der gerichtlichen Verhandlung beigewohnt hat. Ein inzwischen wegen einer großen Anzahl anderer von ihm begangener Preßvergehen gegen ihn ausgefertigter Haftbefehl konnte nicht zur Vollstreckung gelangen, da Grottkau weder in dem Redaktions-Bureau der „Berl. Freien Presse“, noch in seiner Wohnung zu finden war. Das Stadtgericht hat der „Post“ zufolge unterm 2. d. hinter ihm einen Steckbrief erlassen.

Die Privat-Eisenbahnen sind neuerdings, wie gemeldet wird, in einer sehr unangenehmen Weise vom Stempel-Fiskal überrascht worden. Der Staat verlangt nämlich nachträglich Stempelgebühren für die ausgegebenen Prioritäts-Obligationen, die man bisher gleich den Stammaktien vom Stempel befreit gehalten hatte. Es handelt sich da bei einzelnen Bahnen um Beträge von mehr als 100,000 M. Das Seltsame bei der Sache sei, daß die Frage bei den Steuerbehörden in den letzten fünfzehn Jahren schon wiederholt zur Sprache gekommen, aber jedesmal zu Gunsten der Bahnen entschieden wurde.

—y— Dresden, 5. Februar. [Die Stellvertretung des Reichskanzlers und die sächsischen Konservativen. Aus dem Landtage.] Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so haben die sächsischen Ultrakonservativen und Partikularisten zu dem vielbesprochenen Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers bereits feste Stellung genommen. Die bekanntlich in hohem Grade bismarckfeindlichen „Dressener Nachrichten“, welche nicht selten nach oben hin starke Fühlung haben und das Hauptorgan des vulgären sächsischen Partikularismus sind, brachten neulich die bestimmte Nachricht, daß die konservativen sächsischen Reichstagsabgeordneten einstimmig beschloßen hätten, demnächst im Reichstage gegen die Vorlage zu stimmen, welche die Stellvertretung des Reichskanzlers betrifft. Diese Nachricht wird vollkommen durch die Haltung bestätigt, die von der „Neuen Reichszeitung“, dem anerkannten Organ unserer ultrakonservativen, mit dem Ultramontanismus liebäugelnden Partikularisten eingenommen wird. Das letztgenannte Blatt erklärte kürzlich, wie der fortgesetzte Kulturkampf die völlige Zerrüttung der kirchlichen Zustände bei Katholiken und Protestanten herbeizuführen drohe, so sei der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers ganz dazu angethan, gleich einem „giftigen Mehltau“ die tiefste Verstimmung im ganzen deutschen Reiche hervorzurufen. Der „Zentralisationswuth“, dem Bestreben, das Reich aus einem Bunde in einen Staat zu verwandeln, der allmächtig den ganzen einzelstaatlichen Verwaltungsapparat an sich zu ziehen bestimmt wäre, sei die Situation zu denken, welcher das Reichsminister-Projekt entsprang. Diese Tendenz, welche nicht genug Felber der „Reichsthätigkeit“, nicht genug „Reichsstellen“ bekommen könne, „habe sich nachgerade ad absurdum deducirt“; sie sei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck trotz der Abhilfe, welche ihm das in der Verfassung nicht vorgesehene Reichskanzleramt gewähre, über den Kopf gewachsen, so daß „unter dem Drucke dieses Reichskanzleramtes das Amt des Reichskanzlers in Stücke zu gehen drohe. So könne es nicht weiter fortgehen, wenn nicht die Expansivkraft der Reichsadministration und der Reichslegislatur das föderale Element des deutschen Reiches total vernichten solle. Hier entpuppte sich der zentrifugale Partikularismus unserer sächsischen Konservativen in schönster Weise. Man ist nicht abgeneigt, dem Reichskanzler die drückende Geschäftslast zu erleichtern, nur soll das Reich dabei nicht an Kraft zunehmen, vor allen Dingen sollen keine Reichsminister in's Leben gerufen werden. Um die Erstarkung der Reichsgewalt zu hindern und doch zugleich eine angeblich schnellere und bessere Behandlung der nöthigen Gesetzgebungsfragen zu ermöglichen, schlägt die „Neue Reichszeitung“ vor, daß man zu diesem Zwecke „die Kräfte der deutschen Einzelstaaten mehr, als früher gesehen, in Anspruch nehmen möge.“ Eine nähere Ausführung dieser föderativ-partikularistischen Beihilfe bleibt das genannte Blatt schuldig. Wenn aber der Vorschlag desselben überhaupt einen Sinn haben soll, so kann unseres Erachtens derselbe nur darin gefunden werden, daß die sächsischen Partikularisten sich nach einer chaotischen Vielherrschaft sehnen und den jetzigen Bundesrath nach Art des alten deutschen Bundestages umgestalten möchten. Nur so sind die Angst und der Born erklärlich, womit sie das Zustandekommen verantwortlicher Reichsminister bekämpfen. Allein unsere Partikularisten, denen die Erstarkung der Zentralgewalt des Reiches in den Tod zuwider ist, verwickeln sich bei ihrem Kampfe gegen die Vorlage der Stellvertretung des Reichskanzlers, die zur Kreirung ver-

antwortlicher Reichsminister führen könnte, in arge Widersprüche. Einestheils wollen sie, wie bereits angedeutet, dem Reichskanzler seine schweren Amtspflichten erleichtern, andererseits sucht aber ihr mehrfach genanntes Organ auszuführen, daß der Reichskanzler im Grunde doch nichts weiter zu thun habe, als „die das Reich angehenden Anordnungen und Verfügungen, nachdem sie der Kaiser lognosirt habe, gegenzuzeichnen.“ Wenn diese Pflicht der Gegenzeichnung dem Reichskanzler Fürsten Bismarck auch noch abgenommen wird, sagt die „Neue Reichszeitung“, so wissen wir in der That nicht, worin die Funktion des Reichskanzlers noch bestehen soll.“ Von der Thätigkeit des Reichskanzlers als eines „einflussreichen persönlichen Rathgebers des Kaisers“ will das Blatt gar nichts wissen; dafür aber fordert es in seiner vorgestrigen Nummer alle seine Anhänger und Parteigenossen eindringlich auf, den Liberalismus nach jeder Richtung hin kräftig zu bekämpfen, denn „die Stunde sei da, aufzustehen vom Schlafe!“ — Der sächsische Landtag wird schwerlich noch in seiner jetzigen Session mit den zu erledigenden Arbeiten fertig werden; es steht demnach ein außerordentlicher Landtag im Sommer (Ende Mai) oder im Herbst d. J. in Aussicht. Vor Allem bleibt wohl die Steuerreformfrage unerledigt und ebenso das wichtige Gesetz zur Ausführung der Gerichtsverfassung. Die in letzterer Beziehung dem Landtage unterbreitete Vorlage des Justizministers A. Becken wurde in der zweiten Kammer von den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Krause und Dr. Stephan und von den Fortschrittlichen Schreck, Lehmann und Dr. Schaffrath als vollständig ungenügend und äußerst mangelhaft charakterisirt, und da selbst die konservative Rechte nur wenig zur Vertheidigung der besagten Vorlage vorbringen konnte, so wurde von der weiteren Berathung der letztern auf unbestimmte Zeit Abstand genommen.

Oesterreich.

Wien. Oesterreich-Ungarn hat zu rechter Zeit sein inneres Gleichgewicht wiedergefunden. Das Ministerium Auerberg verbleibt im Amte. Für den aufmerksamen Beobachter bietet diese Wendung kaum etwas Ueberraschendes. Mag dieselbe nun durch Erwägungen, welche der allgemeinen politischen Situation entspringen, beeinflusst worden sein, oder nicht, so herrschte doch über die Inopportunität häuslicher Verwicklungen bei allen wohl überlegenden Naturen die Ansicht, wie jenseits der Leitha seit dem Ausbruch der österreichischen Kabinettskrise nur Eine Stimme, und damit ging das ernste Streben nach ihrer möglichst schleunigen Beschwörung Hand in Hand. Sachkundige Federn bemühten sich unausgesetzt um die Führung des Nachweises, daß die Wiederherstellung des alten Kabinetts unter den obwaltenden Umständen vor allen sonstigen Auskunftsmitgliedern den Vorzug verdiene. Die öffentliche Meinung sollte dieser Beweisführung zumeist Beifall, und die an maßgebender Stelle mit den akreditirtesten Persönlichkeiten gepflogenen eingehenden Berathungen haben denn auch zu dem erwarteten Resultate geführt.

Das Eintreffen des ungarischen Ministerpräsidenten, Kolomans Tisza, in Wien dürfte den Ausschlag zu Gunsten der Reaktivierung des bisherigen zisleithanischen Kabinetts gegeben haben. In der Audienz, welche Hr. Tisza bei dem Monarchen hatte, soll er geäußert haben, daß das Kabinet Auerberg den Ausgleich zu Ende führen möge. Er habe nach den eingeholten Informationen die Ueberzeugung, daß das österreichische Parlament keinem anderen Ministerium gegenüber sich zu größeren Konzessionen herbeilassen werde, als die jetzige Regierung zu erreichen im Stande sei. Es sei daher sein Wunsch, daß neuerliche Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gepflogen würden.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Seltsame Ideen werden durch die Unsicherheit der Lage erzeugt, unter ihnen, wie der „R. Z.“ geschrieben wird, eine alte langweilige Bekannte, die aber wieder einmal vorgeführt werden muß, weil sie wieder einmal die Runde durch alle Salons macht: man wird bereits errathen haben, daß wir „die Geschichte vom bösen Bismarck“ meinen. Alle Welt raunt sich zu, der deutsche Reichskanzler leite den Krieg und die Friedensverhandlungen in sämtlichen Einzelheiten, er „macht Alles“, er habe von Bazarin aus den Abschluß des Waffenstillstandes hintertrieben, habe Oesterreich und England an den Rand des Krieges gestoßen, er werde beide Länder auch wirklich in den Krieg hineintreiben, und das alles natürlich nur, um, wenn ganz Europa beschädigt ist, über — Frankreich herzufallen, und zwar würde er, um die Feierrlichkeit des Moments zu erhöhen, mitten in die Ausstellung hineinplatzen! Man sollte es nicht für möglich halten, daß so abgeschmackte Gerüchte hier nach hundertmaliger Widerlegung zum hundertundersten Male doch wieder Glauben fänden; aber es ist so, man erzählt sich's, und wer auch nicht an die Schlußfolgerung der Geschichte glaubt, der vermuthet doch wenigstens, daß in der That „Alles in Bazarin gemacht wird.“ Glücklicher Weise haben sich die Blätter dies Mal enthalten, der Erzählung ihre Stimme zu leihen; das ist wenigstens ein Fortschritt gegen frühere Jahre.

wollen und zwar in Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Wintervergütungen, welche die Wahrheit der scharfsinnigen Beobachtung wiederholt erhärten werden.

„Während an so einem Polen, sagt Goltz, der kleine Finger und jeder Blutstropfen miltant, die ganze Gestalt im Schmelz der Leidenschaft und des Vergnügens erscheint, so daß man vollkommen begreift, warum so Einer tanzt und wie er es nicht lassen kann; während man am Polen begreift, daß seine Körperbewegung nur die Verfinnildichtung des rhythmischen und idealen Lebens sind, welches die ganze Seele hingenommen hat, so geberdet sich der Vollblutdeutsche selbst beim Tanze wie ein Deukon. Er strapazirt ja schon die Beine, ja er kann sogar die Arme nicht jeder Bewegung entziehen, was soll er da noch den Rest des Leichnams inkommodiren. Er stirbt also, wenn er ein richtiges deutsches Tanz-Exemplar ist, vom Gesicht bis zu den Hüften allmählig während des Tanzes ab; und wie behaftet auch das Bedal sein Pensum im Galopp oder Schottisch herunterhaspeln muß, der Rumpf gehört nicht mit zum Geschäft und wird ökonomisch geschont. Solchergehaltes geschieht es denn, daß, während die mit dem Tanzergnügen behafteten Beine unverbrossen ihre mechanische Schuldigkeit thun, sich in dem Antlitz eine Todtenstarre ausprägt, die sich bei schwächlichen und abgeätherten Personen bis zum eingestürzten Leichengestalt mit stieren Glasaugen steigert und um die Mitternacht-

Türkei und Donaufürstenthümer.

Es ließe sich gerade nicht behaupten, daß seitens der europäischen Presse der Konferenz ein großes Vertrauen entgegengebracht wird. Die Konferenz wird entweder versuchen, eine Schattensherrschaft des Sultans über die außerhalb des Reichsbildes von Konstantinopel belegenen Gebietstheile der europäischen Türkei unter christlichen Gouverneuren wieder herzustellen, — für die Dauer dieses Uebergangsstadiums würde natürlich auch die Integrität des europäischen Besitzstandes mit Ausnahme Rumäniens, Serbiens und Montenegro's von Neuem anerkannt werden. Oder aber die Konferenz entschließt sich zu einer Liquidation der europäischen Türkei, resp. sie tritt überhaupt auf dieser Basis zusammen, dann möchte es vielleicht leichter sein, den vielfachen „Interessen“ gerecht zu werden, welche jetzt von allen Seiten zur Anneldung gelangen.

Ueber die wichtige Dardanellenfrage giebt das „Journ. de St. Pet.“ einige Aufschlüsse. Das offiziöse Blatt weist auf den Eifer hin, mit welchem Rußland sich bemüht habe, alle Mißverständnisse zu zerstreuen und Europa alle Fragen anheimzustellen, die einen allgemeinen Charakter tragen. Hierzu gehöre auch die Dardanellenfrage.

„Aber — fährt das Organ fort — daraus, daß Rußland die Meerengenfrage als dem Konzert der Mächte vorbehalten ansieht, folgt keineswegs, daß es die Wiederherstellung des Status quo, wie er durch die Konvention vom 30. März 1856 festgesetzt worden zu lassen wolle, kraft welcher der Sultan im Kriegsfall allein das Recht hat, fremde Kriegsfahrzeuge in die Dardanellen einlaufen zu lassen. Es ist Grund vorhanden, diese Klausel einer ersten Prüfung zu unterziehen, deren Zweck, wie zu hoffen steht, darin bestehen wird, diese der ottomanischen Regierung vorbehaltene Befugniß von Garantien zu Gunsten der anderen Mächte zu umgeben oder aber sie durch irgend eine Stipulation zu ersetzen, welche Rußland gestattet, seine Küsten für geschloßt gegen Ueberraschungen zu halten.“

Eine petersburger Nachricht der „Pol. Kor.“ meldet, Rußland wolle nunmehr nach Unterzeichnung der Präliminarien unterweilt zu den Verhandlungen über den definitiven Frieden schreiten. Es ist nicht ganz klar, was damit gemeint sei. Soll ein Separatfrieden ehe und unabhängig von der Konferenz verhandelt und geschlossen werden? Wenn es sich nicht bloß um bestimmte, der Konferenz nicht unterliegende Gegenstände handelt, so wäre dadurch die Bedeutung der Konferenz selbst in Frage gestellt. Soll in Wien und in Adrianopel zugleich über dasselbe Thema verhandelt werden? Man kann sich das schwer zusammenreimen. — Ueber die Dauer des Waffenstillstandes hat noch nichts Sicheres verlautet, doch meint man vielfach, es sei eine unbestimmte Dauer festgesetzt worden. Der Nutzen des Waffenstillstandes für die Türkei wäre damit auf Null herabgesetzt. Rußland bekäme die Festungen in die Hand, braucht nicht vorzeitig in Konstantinopel einzurücken und könnte jederzeit die Aktion wieder beginnen. Wenn es auch noch zweifelhaft ist, ob wirklich keine feste Frist bestimmt wurde, so bleibt es doch auffallend, daß bisher von keiner authentischen Seite her eine solche Frist angegeben wurde.

Auch an die Türkei ist, wie eine der „N. A. Btg.“ aus Wien zugegangene Privatnachricht wissen will, eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz ergangen. Im Uebrigen sind die Zustände in der türkischen Hauptstadt derart, daß sie möglicher Weise der Konferenz über alle Schwierigkeiten hinweg helfen und auch die Frage einer vorübergehenden Besetzung von Konstantinopel in einfacher Weise zur Lösung bringen. Der „Pol. Kor.“ wird von dort geschrieben: Es ist unmöglich, sich heute über die Konsequenzen des bevorstehenden Friedensschlusses auszusprechen. Nur Eines steht fest, daß die Türken revolutionär sind und man am Vorabend einer Revolution in Konstantinopel steht, deren erste Opfer möglicherweise die Christen werden könnten. Andererseits sagt ein Bericht, welcher dem genannten Blatte aus Simniza zugeht:

Wenn der Waffenstillstand nicht dazwischen tritt, wird der Vormarsch auf Konstantinopel nicht lange auf sich warten lassen. Ueber diese letztere Frage herrscht in maßgebenden russischen Kreisen nur die eine Meinung, daß durchaus nach Konstantinopel marschirt werden müsse. Im Allgemeinen ist die ganze Armee, die höchsten Chargen nicht ausgenommen, für einen Einzug in Konstantinopel und mit dieser Meinung wird die russische Regierung doch einigermaßen rechnen müssen, da sie von der weitaus größten Majorität des russischen Volkes getheilt wird. Darum glaubt man hier nicht an einen in Adrianopel zu unterzeichnenden Frieden, wenn nicht in diesen Präliminarien der Einzug in Konstantinopel mit inbegriffen ist. In irgend einer Weise wird russischerseits auf der Berührung Konstantinopels bestanden werden.

Konstantinopel, 25. Januar. Das Trauerspiel der allgemeinen Flucht nach Konstantinopel hat an den drei letzten Tagen seinen Höhepunkt erreicht. Um dasselbe würdig und angemessen zu beschreiben, müßte man die Feder eines Dante besitzen; Baron Mundy, der seit sieben Tagen den Bahnhof nicht einen Augenblick verlassen hat, gesteht zu, in seiner ganzen erfahrungreichen Laufbahn keinem grausigeren Anblicke beigewohnt zu haben. Das Elend, welches mit den Schreckensjahren der Kommune verbunden war, sei ein bloßes Theaterspiel gewesen gegen die nackte Wirklichkeit, die sich hier seit zwei Wochen darbot. Ein Spezialkorrespondent berichtet Folgendes:

stunde den Ball in einen basler Todtentanz verwandeln kann, bei welchem die lebendigen Wesen nur durch die Frauen repräsentirt sind.“ Wer Warschau genau kennen lernen will, wird an der Beschreibung von Janke einen vorzüglichen Führer finden.

Der zweite Theil des Buches beschäftigt sich mit der Kriegsgeschichte von Polen, die er ziemlich eingehend bespricht. Die Darstellung ist für den Standpunkt, den das Buch sonst einnimmt, nicht genug militairwissenschaftlich gehalten, sie vertritt auch außerdem nicht die Aufgabe eines Reise-Bademefum's. Die Bezeichnung der historisch-wichtigen Verhältnisse ist so wenig scharf, daß es dem Reisenden schwer werden dürfte, sie ohne lebendigen Führer aufzufinden. Endlich meinen wir, steht es in keinem Verhältniß, daß Verfasser, der hier eine Skizze von Polen liefern wollte, 1/3 seines Buches mit populärer Relation kriegsgeschichtlicher Ereignisse ausfüllt.

Der letzte, militairgeographische Theil des Werkes umfaßt nur wenige Blätter, er führt der Reihe nach die verschiedenen Kriegstheater Polens vor. Es ist schwer ein absolutes Urtheil über die Beschaffenheit eines Kriegstheater abzugeben; jeden Falls ist es militairisch nutzbringender bei derartigen Beurtheilungen einen oder nach einander mehrere Standpunkte einzunehmen. So hätten wir vorgeschlagen, Verfasser hätte zunächst nachgewiesen, welche strategischen Vortheile und Nachtheile die topographische Beschaffenheit Polens für

Skizzen aus dem europäischen Rußland

von A. Janke.

Mit der wachsenden militairischen Bedeutung Rußlands hat auch in unserer Armee das Interesse für unseren Nachbarstaat zugenommen. Der Strebsamkeit des deutschen Offiziers gelingt es durch Ausdauer, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche das slavische Idiom ihm bei Erlernung der russischen Sprache entgegenstellt. Alljährlich reisen deutsche Offiziere nach Rußland, um daselbst die im Inlande mühsam erlernten Anfangsgründe der russischen Sprache weiter auszubilden, und begünstigt von ihren Sprachkenntnissen Land und Leute kennen zu lernen.

Der Verfasser obigen Buches hat sich wohl in derselben Lage befunden, und hierbei das Fehlen jeglicher Reisehandbücher, die für jedes andere Land so reichlich vorhanden sind, empfunden. Um diesem Mangel Abhilfe zu schaffen, hat Janke durch Herausgabe seines Buches versucht, dem reisenden Militär eine Art von Baedeker für Rußland zu liefern. Das vorliegende I. Heft behandelt Warschau und Polen.

Die Beschreibung „der polnischen Hauptstadt“ stützt sich auf eigene Anschauung und aufmerksame Beobachtung; sie ist auch gewürzt mit treffenden Bemerkungen über den polnischen Nationalcharakter, von welchen wir hier nur eine, aus Bogumil Goltz entlehnte, reproduziren

Odeffa mehr Opfer; in Triest und Barcelona grassirt die Epidemie in hohem Grade.

Bertha Weiß. Etwa acht Jahre mag es her sein, da sprach man in ganz Deutschland von einer Abenteuerin aus guter Familie.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von dem Kgl. Bureau-Assistenten der Provinzial-Steuer-Direktion in Breslau Labus ist vor Kurzem eine kleine Schrift veröffentlicht worden, welche die „Erbfolge nach landrechtlichen Bestimmungen“ behandelt.

Briefkasten.

R. in B. Das Feuilleton „Journalistische Topfgrüdel“ in der Fr. Ztg. behandelt ein Thema, das in Journalistenvereinen und in der Fachpresse besprochen werden sollte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 6. Februar. Bei der Reichstagsöffnung im Weißen Saal waren etwa 50 Abgeordnete anwesend.

Berlin, 6. Februar. [Reichstag.] Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Singefandt.

Seit einiger Zeit bereist eine russisch-jüdische Sängergesellschaft unsere Provinz und trägt in Konzerten die jüdischen Gebete und Synagogengesänge vor.

vielen Orten Beifall mit ihrem Gesange gefunden haben. Wir wollen hier den musikalischen Werth dieser gesanglichen Leistungen nicht kritisieren.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten durch die Heilnahrung: REVALESCIERE du Barry von London.

Seit 30 Jahren hat keine Krankheit dieser angenehmen Gesundheitsweise widerstanden und bewährt sich dieselbe bei Erwachsenen und Kindern ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimbaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden.

- Nr. 62476. Dem lieben Gott und Ihnen sei Dank. Die Revalesciere hat meine 18jährigen Leiden im Magen und in den Nerven verbunden mit allgemeiner Schwäche und nächtlichem Schweiß gänzlich beseitigt. J. Compere, Pfarrer, Sainte Romains des Iles. Nr. 89211. Orvaux, 15. April 1875. Seit vier Jahren genieße ich die Heilliche Revalesciere und leide seitdem nicht mehr an den Schmerzen in den Venen...

Die Revalesciere ist viermal so nahrhaft als Fleisch und erspart bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln und Speisen. Preise der Revalesciere 1/2 Pfd. 1 Mt. 80 Pf., 1 Pfd. 3 Mt. 50 Pf., 2 Pfd. 5 Mt. 70 Pf., 12 Pfd. 28 Mt. 50 Pf.

Im Namen des Königs. In der Untersuchungssache wider den Redakteur Ludwig Gajler in Posen hat das königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Strafsachen, in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1877, in welcher anwesend waren: I. als Richter: 1. der Kreisgerichtsrath Groß, als Vorsitzender, 2. der Kreisgerichtsrath v. Potworowski, als Beisitzer, 3. der Kreisgerichtsrath Gregor, als Beisitzer.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Trzebow unter Nr. 19 belegene, den Joseph und Anna geb. Ulet Adamski'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 17 Sektaren 35 Aren 10 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt...

Donnerstag, den 7. März 1878

Vormittags um 10 Uhr, im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Stenschowo verkauften werden. Posen, den 26. Novbr. 1877. Königliches Kreisgericht. Der Subhastationsrichter. Kehl.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Casimir Nowakowski von hier hat für seine Ehe mit der Anna, geborenen Berlinsta durch Vertrag vom 11. Januar 1878 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Handelsregister.

In unser Handelsregister ist bei Nr. 274, woselbst die hiesige offene Handelsgesellschaft in Firma: S. Seiman Kantorowicz und als deren Gesellschafter der Kaufmann Siegfried Kantorowicz und Anton Kantorowicz beide hier aufgeführt sind, zufolge Verfügung vom 29. Januar 1878 heute in Kolone 4 eingetragen.

ton Kantorowicz

von der Befugnis die Gesellschaft zu vertreten, ausgeschlossen ist, ist aufgehoben, so daß derselbe von jetzt ab ebenso wie sein Socius die Gesellschaft zu vertreten befugt ist.

Handelsregister.

In unser Handelsregister zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 533 zufolge Verfügung vom 21. Dezember 1877 heute eingetragen, daß der Kaufmann Samuel Szwarski zu Posen für seine Ehe mit Regina Graeger von hier durch Vertrag vom 10. Dezember 1877 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Bekanntmachung.

Nachdem die Beschlüsse der letzten Generalversammlung des landwirtschaftlichen Kreditvereins für das Großherzogthum Posen mittels Allerhöchster Ordre vom 12. Dezember 1877 genehmigt und die planmäßige Tilgung der 3 1/2 pCt. Pfandbriefschuld vollendet ist, wird nunmehr in Gemäßheit des § 17 des Gesetzes vom 15. April 1842, des Allerhöchsten Erlasses vom 14. November 1867 und des Ministerial-Keltripts vom 27. Mai 1868 die Feststellung des eigentümlichen Fonds und die Verteilung desselben auf die bespandbrieflich gemeinen Güter erfolgen.

bis Ende Mai des laufenden Jahres

nachzuweisen, insbesondere eine beglaubigte Abschrift des Titels und der ersten Abtheilung des Grundbuchblattes zu überreichen.

Die General-Landschafts-Direktion.

Deutsch-Russischer Eisenbahn-Verein. Zum provisorischen Ausnahmetarif, gültig vom 1. Januar alten Stils 1878, ist ein erster Nachtrag, betreffend die Aufnahme der Station Moskau der Nicolai-Bahn via St. Petersburg, erschienen.

Bekanntmachung.

An der neu zu reorganisierenden zweiklassigen Normalschule der evangelischen Gemeinde in Krakau, an welcher die Vortragsprache die deutsche sein wird, ist eine Stelle als Klassenlehrer zu besetzen.

Bekanntmachung.

1000 Stück 1 Mt. erkl. Emballage franko Bahnhofs Güben liefert Oberförster R. Ibe. - Güben. Wegen Aufgabe meines Geschäfts verkaufe ich alle Sorten Brennholz, sowie trockene Feigen und Speichen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

den 15. März d. J.

an den Unterzeichneten einzusenden. Das jährliche Gehalt beträgt 800 Fl. ö. W. und 200 Fl. ö. W. Wohnungsgeldzuschuß, und wird bei eintretender Pensionierung die Staatsnorm für Volksschullehrer zur Grundlage genommen.

Das Presbyterium der evangelischen Gemeinde.

Ich suche 2 Güter in guter Lage mit gutem Boden und Bauhand bei 30- und 40,000 Thaler Anzahlung. Besten werden um Anschlag bei zeitgenössiger Forderung erlucht.

Berthold Köhler, Breslau.

73. Tauenzienstraße. Einjährige Kieferpflanzen, 1000 Stück 1 Mt. erkl. Emballage franko Bahnhofs Güben liefert Oberförster R. Ibe. - Güben.

Einjährige Kieferpflanzen.

1000 Stück 1 Mt. erkl. Emballage franko Bahnhofs Güben liefert Oberförster R. Ibe. - Güben. Wegen Aufgabe meines Geschäfts verkaufe ich alle Sorten Brennholz, sowie trockene Feigen und Speichen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Fr. Kuncze & Fromm, Original-Ungarwein-Handlung, Posen, Friedrichstraße Nr. 26. Außer unseren rein Original-Ungarweinen führen wir von heute ab in unserer Weinstube echt Massersdorfer- (Böhmisch) und im Laufe nächster Woche auch Wiener Märzen-Lagerbier.

Carl Stangen'sche Gesellschaftsreisen

München nach Florenz, Verona nach Venedig, Mailand nach Triest, Genua nach Adelsberg, Pisa nach Wien, Rom nach Neapel, Neapel nach Sicilien. Abreise: 1) 17. Februar bis Sicilien (Messina, Catania, Syracus und Palermo), Dauer 42 Tage. Preis 1250 Mark; 2) 4. April bis Rom und Neapel, 40 Tage. Preis 1050 Mark; 3) 11. April bis Rom und Neapel, 30 Tage. Preis 900 Mark. Theiltouren gestattet. Prospekte gratis nur in Carl Stangen's Reise-Bureau, Berlin W., Markgrafenstraße 43. Die annoncirtene Gesellschaftsreise um die Erde findet bestimmt statt.

500 Schafe

in Württemberg, Böden und Lämmern haben preiswerth zu verkaufen. Jacob Voewenthal, R. Gerberstr. 10, Salomon Wottel, Ziegenstraße 17.

Der Pfänder-Verkauf

aus dem Rychlewski'schen Leihhause findet Mitte Februar statt.

600 Str. Hen,

a Centner 2 Mt., zu verkaufen in Giesla bei Rogasen.

Lottr.-Loose

4. Kl. Orig. 1/4 24 Zhr., 1/2 9%, 1/3 4%, 1/3 2%, 1/6 1 1/2 Zhr., verend. das älteste Lotterie-Compt. von Scherer, Berlin, 191 Friedrichstr. 191.

Frische Engl. Auster

empfehlen die W. Ingoschhandlung von Carl Ribbeck.

